



**Helga Schwitzer**  
**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied**

**Nie wieder Krieg!**  
**Nie wieder Faschismus!**  
**Keine Auslandseinsätze!**

**Rede**  
**zum**

**Antikriegstag 2010**

**bei der DGB-Gedenkveranstaltung,**

**1. September 2010**

**Friedhof Jammertal, Salzgitter-Lebenstedt**

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

unser Gedenken gilt heute am Antikriegstag den fast 60 Millionen Toten, die Nazi-Deutschland zu verantworten hat. Wir gedenken der Opfer des Zweiten Weltkrieges, den die Nazis heute vor 71 Jahren mit dem Überfall auf Polen herbeigebombt haben. Wir gedenken der Opfer rassistischer und politischer Verfolgung in der Zeit des Hitler-Faschismus. Auf diesem Friedhof gedenken wir besonders der Menschen, die die Faschisten durch Internierung in Konzentrationslagern und durch Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion ermordet haben.

Fast 3.000 von ihnen sind hier begraben. Sie mahnen uns, den Schwur der Überlebenden des KZ-Buchenwald nicht zu vergessen: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Sie mahnen uns, immer und überall den Anfängen zu wehren. Sie verpflichten uns, in unseren alltäglichen Begegnungen genauso wie in der politischen Auseinandersetzung rassistischem, fremdenfeindlichem und militaristischem Gerede und Handeln und der Diskriminierung von Menschen entgegenzutreten.

Ich bin als IG Metallerin stolz, dass es ein Antrag unserer IG Metall auf dem DGB-Bundeskongress 1956 war, der den 1. September zu einem Gedenktag für die Opfer des Zweiten Weltkriegs und zu einem Mahntag für den Frieden gemacht hat. Er ist 1957, heute vor 53 Jahren, das erste Mal offiziell begangen worden. „Nie wieder Krieg“ war damals und ist bis heute das Motto.

Für mich gehört - wie im Titel dieser Gedenkveranstaltung -immer auch der Aufruf „Nie wieder Faschismus!“ aus dem Schwur der Überlebenden des KZ-Buchenwald dazu. Angesichts der zunehmenden Angriffe von Nazis auf Menschen, die anders denken, anders aussehen oder woanders herkommen als sie, ist es unsere gemeinsame Verpflichtung, auch diesen Appell kräftig zu unterstreichen.

Hierfür geben vor allem die Aufmärsche alter und neuer Nazis Anlass. Wir stellen uns ihnen überall entgegen. „Bunt statt braun!“ ist unsere Devise. Wir streiten dafür, dass im Gewand von Biedermännern daherkommende Faschisten sich nicht länger qua Mitgliedschaft in der NPD legalisieren können.

Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen. Und so wie Verbrechen verboten sind, so gehört auch die NPD verboten.

Es muss endlich Schluss sein mit der Ungeheuerlichkeit, dass Gerichte den Feinden der Demokratie genehmigen, ihre menschenverachtende und demokratiefeindliche Gesinnung auf die Straßen zu tragen. Demokratische Freiheit kann nicht heißen, auch denjenigen diese Freiheit zu geben, die die Demokratie abschaffen wollen.

Was am 14. August in Bad Nenndorf passiert ist, weitet diese Ungeheuerlichkeit zu einem handfesten Skandal aus. Dort sollten nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover Neonazis ungestört aufmarschieren dürfen. Eine unter anderem vom DGB angemeldete Gegendemo hatten die Richter dagegen untersagt.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse hat dies zu Recht als „juristische Parteinahme“ zugunsten der Neonazis kritisiert, die er angesichts der deutschen Geschichte erschütternd nannte. Es bedurfte einer Entscheidung des Obergerichtes Lüneburg, damit die Gegner des Nazi-Aufmarsches ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen konnten.

Heute in drei Tagen, am 4. September, wollen die Nazis erneut aufmarschieren. Die sogenannten „Autonomen Nationalisten“, die sich militant antikapitalistisch geben und als besonders gewaltbereit bekannt sind, rufen Neofaschisten aus ganz Europa auf, sich in Dortmund zu einem „Nationalen Antikriegstag“ zu versammeln.

Dieselben „Autonomen Nationalisten“ übrigens, die 2009 Teilnehmer der 1. Mai-Feier des DGB in Dortmund mit Steinwürfen und Schlagstöcken angegriffen haben.

Das ist eine wahnsinnige Perversion und Provokation. Ausgerechnet Nazis erdreisten sich, einen „Nationalen Antikriegstag“ auszurufen.

Es sind dieselben Nazis, die auf ihren Internetseiten Andersgesinnten den Krieg erklären und zu ihrer Verfolgung aufrufen. Dieselben, die Internetseiten der Gedenkstätten Buchenwald und Dora mit ihren Symbolen und Parolen besudeln. Dieselben, die den Aufruf „Nie wieder Krieg“ missbrauchen und ihm den ebenso kriegerischen wie entlarvenden Zusatz „nach unserem Sieg“ hinzufügen.

Ausgerechnet diese Menschenfeinde und Gesinnungsfreunde der Hitler-Faschisten, die heute vor 71 Jahren Polen überfallen haben, rufen einen „Nationalen Antikriegstag“ aus. Das ist ein ungeheuerlicher Zynismus, den wir uns nicht gefallen lassen.

Die Nazis sagen, ihr Aufmarsch am 4. September in Dortmund sei bereits der sechste „Nationale Antikriegstag“.

Vor solcher Perversion und vor solcher Beschlagnahme müssen wir den Antikriegstag, müssen wir die Opfer des Hitler-Faschismus und unsere Demokratie schützen. Ich unterstütze deshalb den Aufruf des antifaschistischen und antimilitaristischen Aktionsbündnisses in Dortmund, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Ich hoffe, dass Tausende diesem Aufruf am 4. September in Dortmund folgen werden. Kein Fußbreit den Faschisten - in Dortmund nicht und auch sonst nirgendwo!

Aktuell sehen wir uns aber nicht nur durch erklärte Neonazis, sondern auch durch die rassistischen Aussagen des Bundesbank-Vorstandmitglieds Thilo Sarrazin herausgefordert. Diesen Mann können und dürfen wir nicht einfach als einen geltungssüchtigen Populisten abtun, der mit seinen Provokationen Verkaufsförderung für sein neues Buch betreibt. Das wäre zu billig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wie Sarrazin über Muslime in Deutschland urteilt, das ist gemeingefährlich. Er schürt Vorurteile und Ängste gegenüber dem Islam und baut ein religiöses Feindbild auf, das nicht mit einem weltoffenen, durch Religionsfreiheit geprägten Gemeinwesen vereinbar ist. Sarrazin rüttelt so an den Grundfesten unserer Demokratie. Er offeriert von Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand Betroffenen den Islam als Sündenbock.

Seine pseudowissenschaftlichen Äußerungen über die Gene bestimmter Volksgruppen und Menschen jüdischen Glaubens hauchen einer längst überwunden geglaubten Rassentheorie neues Leben ein. Sie sind Steilvorlagen für alte und neue Vertreter nazistischer Ideologie.

Ich bin deshalb bei denen in der SPD, die Sarrazins Ausschluss aus der Partei anstreben. Er tritt die Grundwerte der Sozialdemokratie mit Füßen. Ich meine auch, ihm muss das Amt eines Vorstandsmitglieds der Bundesbank entzogen werden. Er beschädigt ihr Ansehen. Er missbraucht die mit dem Vorstandsamt verbundene Autorität für die Verbreitung seiner rassistischen Gedanken.

Konkret fordere ich von hier aus den Vorstand der Bundesbank auf, sich nicht nur von Thilo Sarrazins Aussagen zu distanzieren, sondern seine Amtsenthebung einzuleiten. Nur Empörung ist zu wenig. Demokratie muss sich gegen solche Angriffe wehren.

„Keine Auslandseinsätze!“ ist ein weiterer Appell - auch am heutigen Antikriegstag in Salzgitter. Der Anlass ist bekannt. In immer mehr Regionen unserer Erde sind deutsche Soldaten im Einsatz - im bewaffneten Einsatz. Weltweit ist die Bundeswehr aktuell bei acht so genannten Missionen mit von der Partie.

In Afghanistan ist die deutsche Bundeswehr im Krieg! Von der Bombardierung im Kosovo bis zur Bombardierung zweier Tankklaster bei Kunduz ist unser Land wieder dort angekommen, wo die Nazis einst endeten - im Krieg gegen andere Länder.

„Dieser Krieg erzeugt nichts anderes als Krieg“, heißt es in einer auf der diesjährigen Jahrestagung der deutschen Schriftstellervereinigung P.E.N. verabschiedeten Resolution zum Afghanistan-Krieg. Genau so ist es.

Dieser Krieg räumt auf mit dem Märchen, der Einsatz ausländischer Militärs in Afghanistan könnte humanitären Zwecken dienen. Er führt zu immer mehr militärischen, vor allem aber auch zivilen Opfern.

Die vor vier Wochen vom „Spiegel“ und anderen Zeitschriften veröffentlichten Original-Dokumente aus US-Quellen, die die Betreiber des Internet-Portals WikiLeaks gesammelt, gesichtet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben, machen ebenfalls deutlich: Dieser Krieg wird genauso schmutzig geführt wie alle Kriege vor ihm. Sie dokumentieren die brutale Normalität dieses Krieges.

Dass bei der vom deutschen Bundeswehroberst Klein veranlassten Bombardierung der Tanklastzüge in Kunduz am 4. September vor einem Jahr vor allem Zivilisten ums Leben gekommen sind, war deshalb kein bedauernswerter Unfall. Zivile Opfer gehören zur Logik jeden Krieges, auch des Krieges in Afghanistan. Und es sind vor allem die zivilen Opfer, die dem Krieg in Afghanistan immer wieder neue Nahrung geben.

Die wachsende Zahl ziviler Opfer und die nach wie vor katastrophale soziale Situation haben die anfänglich bei großen Teilen der afghanischen Bevölkerung noch vorhandene Akzeptanz des US-Einmarsches ins Gegenteil verkehrt. Sie treiben die Menschen in die Arme der Taliban.

Auch die Halbwahrheiten und Lügen, mit denen der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung den Bombenangriff zu rechtfertigen suchte, gehören zur Logik eines Krieges.

1999 beim ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr im Kosovo war das Heraufbeschwören einer „humanistischen Katastrophe“ ein konstruierter Vorwand für die deutsche Kriegsbeteiligung. Jetzt zeigt sich auch beim Afghanistan-Einsatz: Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst.

Der Krieg muss beendet werden. Die fremden Truppen müssen raus aus Afghanistan. Nicht erst ab 2011 und auch nicht nur nach und nach, wie es US-Präsident Obama angekündigt und womit er eine Aufstockung der US-Truppen gerechtfertigt hat.

Nach dem gleichen Muster haben schon die US-Präsidenten Johnson und Nixon die Öffentlichkeit in den USA und in der ganzen Welt im Vietnam-Krieg getäuscht und schließlich gegen sich aufgebracht. Es war vor allem öffentlicher Druck, der die USA schließlich zur Beendigung des Kriegs und zum Abzug der Truppen aus Vietnam gezwungen hat.

Obama riskiert das gleiche Schicksal. Dann wird auch der Letzte einsehen, dass das Nobelpreis-Komitee bei der letztjährigen Verleihung des Friedensnobelpreises einen Fehlgriff getan hat. US-Truppen und Nato bringen Afghanistan keinen Frieden.

Eine Aufstockung der Truppen macht alles nur noch schlimmer. Ebenso die Aufweichung des für 2011 angekündigten Abzugbeginns der internationalen Truppen aus Afghanistan, wie sie zuletzt der neue Nato-Oberkommandeur David Petraeus vorgenommen hat. Immer mehr Soldaten, immer mehr Kampfeinsätze bedeuten immer mehr Zerstörung. Immer mehr Widerstand in der afghanischen Gesellschaft und damit auch immer mehr Zuspruch für die Taliban.

Nein! Dieser Krieg muss sofort beendet werden, die Waffen müssen schweigen, sonst hat der Frieden überhaupt keine Chance.

Der Frieden hat aber auch dann keine Chance, wenn ein solcher Abzug nach dem Motto erfolgt: Nach uns die Sintflut! Gefordert ist eine Politik, die die Logik des Krieges durchbricht.

Die Bemühungen der internationalen Politik müssen auf Verhandlungen all derer gerichtet werden, die an dem Krieg beteiligt sind. Sie müssen darauf gerichtet sein, wirkliche Aufbauhilfe für das Land und die Menschen zu leisten. Das bleibt auch nach dem gestern von US-Präsident Obama verkündeten Ende des Irak-Krieges eine Verpflichtung. Zur Stabilisierung braucht Irak internationale Aufbauhilfe.

Würde eine Milliarde Dollar, die jetzt schätzungsweise täglich für den Militäreinsatz in Afghanistan ausgegeben werden, für zivile Hilfe und Entwicklung eingesetzt, dann würde dem Frieden wirklich gedient. Rechnerisch könnte man jedem der 15 Millionen Afghanen täglich 70.000 Dollar geben. Eine unglaubliche Summe.

Was wir brauchen ist eine Konversion vom Militärischen zum Zivilen. Nicht nur in Afghanistan, sondern weltweit. Über 1,5 Billionen Dollar haben nach Berechnungen der schwedischen SIPRI-Friedensforscher die Regierungen dieser Welt 2009 für Rüstung ausgegeben. Eine Steigerung von fast sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Rüstungsindustrie hat keine Wirtschaftskrise gekannt.

Deutschland ist mit 45,6 Milliarden Dollar bei den Rüstungsausgaben an siebter Stelle. Die USA liegen mit fast dem Fünfzehnfachen - mit 661 Milliarden Dollar - einsam an der Spitze. Deutschland zählt dabei zu den wenigen Ländern, die im vergangenen Jahrzehnt ihre Rüstungsausgaben reduziert haben.

Das hört sich zunächst gut an. Und wenn die Bundesregierung ankündigt, bis 2014 weitere vier Milliarden Euro bei den Ausgaben für die Bundeswehr kürzen zu wollen, hört sich das noch besser an. Ob dafür allerdings die von Verteidigungsminister zu Guttenberg geplante Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee ein richtiger Schritt ist, daran habe ich meine Zweifel.

Eine solche Berufsarmee mag weniger kosten. Sollte jedoch die mit einer Professionalisierung verbundene Tendenz zur Verselbstständigung zu stark werden, kann dies ein viel zu hoher Preis sein. Dann nämlich, wenn die Bundeswehr mit ihrer Verankerung in der Gesellschaft auch ihre demokratische Legitimation ablegen und zu einem Staat im Staate würde.

Im Übrigen werden die geplanten Ausgabenkürzungen bei der Bundeswehr durch eine andere Entwicklung konterkariert. So hat Stefan Zoller, Chef der Rüstungssparte des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, als Reaktion auf die Kürzungen gesagt: Von den europäischen Militärs allein könne EADS nicht mehr leben, deshalb müsse man dahin gehen, wo das Geld verteilt wird.

Deshalb verkauft EADS jetzt Eurofighter an Saudi-Arabien. Die nächsten Abnehmer könnten Indien und Brasilien sein. Ein offenbar verbreitetes und keineswegs neues Reaktionsmuster im Rüstungsgeschäft. Nur so ist zu erklären, dass Deutschland aktuell bei den Rüstungsexporten auf Platz drei hinter den USA und Russland liegt.

Der deutsche Weltmarktanteil ist in den letzten fünf Jahren von sechs auf elf Prozent gestiegen, also fast um das Doppelte.

Wichtigste Abnehmerländer sind die Türkei, an die 14 Prozent der Ausfuhren gingen - zumeist U-Boote, gefolgt von Griechenland mit 13 und Südafrika mit 12 Prozent. Neben U-Booten führen gepanzerte Fahrzeuge die Liste der exportierten Rüstungsgüter an.

Aber auch Länder wie Indien, Israel, Nigeria, Pakistan oder Thailand erhalten Waffen aus Deutschland - alles Staaten, die in interne oder grenzüberschreitende Konflikte verwickelt sind. Längst werden die formal strengen Rüstungsexportrichtlinien durch eine laxen Praxis unterlaufen. Sogar von politischer Seite.

Zuletzt hat sich Schwarz-Gelb in den Koalitionsvereinbarungen darauf geeinigt, Rüstungsexporte künftig weniger restriktiv zu handhaben - ausdrücklich mit dem Argument, Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Staaten abzubauen und Arbeitsplätze zu sichern. Natürlich haben wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nichts dagegen, wenn Arbeitsplätze gesichert werden. Im Gegenteil, dafür kämpfen wir fast täglich. Aber wir haben was dagegen, wenn das Arbeitsplatz-Argument dazu missbraucht wird, Rüstung und Rüstungsgeschäfte zu rechtfertigen.

Ich weiß: Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben, viele von ihnen Mitglieder der IG Metall, fürchten sinkende Rüstungsausgaben und -aufträge. Sie haben Angst um ihre Arbeitsplätze. Das kann ich verstehen. Und wir wären eine schlechte Gewerkschaft, wenn uns das Schicksal der Beschäftigten kalt ließe.

Nein, das lässt uns nicht kalt. Das hat uns schon bei anderen Strukturumbrüchen nicht kalt gelassen.

Wir brauchen die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion. Wir können und wollen nicht darüber hinwegsehen, dass es unkontrollierten Rüstungstransfer und Waffenschieberei in Krisengebiete gibt.

Täglich fordern Waffenlieferungen ihre Opfer: In Kriegen, auf der Straße, in Polizeirevieren. Wo es viel Waffen und Munition gibt, werden Konflikte und Bürgerkriege angeheizt. Bewaffnete Banden terrorisieren die Bevölkerung. Menschen werden verstümmelt, weil sie auf Minen treten.

Rüstung tötet, auch im Frieden. Dieses schon etwas betagte Motto der Friedensbewegung gilt nach wie vor. Die Exporte von Waffen und ihre unkontrollierte Weitergabe tragen weltweit dazu bei, dass Menschenrechte verletzt werden. Sie halten eine Todesspirale in Gang. Statt die dunklen Kanäle zu verstopfen, aus denen Terroristen Waffen beziehen, wird ihr Terror wiederum mit Waffen bekämpft.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Dafür ist Voraussetzung, dass Länder wie Deutschland aus ihm ausscheren. Mindestanforderung ist, dass die deutschen Rüstungsexportgesetze endlich eine verbindliche Menschenrechtsklausel erhalten. Und dass das Parlament endlich bei Entscheidungen über Waffenexporte einbezogen wird.

In vielen Staaten fehlt aufgrund hoher Ausgaben für Rüstungsimporte das Geld für so existenziell wichtige Güter wie Nahrung, Wohnung oder Bildung. Menschen verhungern, frieren, können nicht zur Schule gehen, weil Regierungen Waffen kaufen.

Die Entwicklung der Rüstungsexporte, die vielen bewaffneten Konflikte und Kriege rund um den Erdball zeigen: Aus der nach der Wende Anfang der 90-er Jahre erhofften Begrenzung der Rüstungsausgaben ist nichts geworden.

Es sind keine Mittel frei geworden, um Hunger und Armut, um Umweltschäden und Klimakrise wirksamer zu bekämpfen. Dabei würde ein Bruchteil der 1,5 Billionen Dollar, die aktuell für Rüstung ausgegeben werden, ausreichen, die wichtigsten Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu erreichen: die Halbierung der Armut, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Wasser, mit Gesundheitsdiensten und mit Bildung.

Auch zügelloser Wettbewerb, die Gier nach größtmöglichem Profit und Sozialabbau verschlechtern die Lebensbedingungen der Menschen. Die jüngste Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat genau in jenen Ländern die Menschen noch ärmer gemacht, die sowieso schon arm waren.

Neoliberalismus, Deregulierung, Sozialabbau und Privatisierung tragen dazu bei, dass Demütigung und Ausbeutung über den ganzen Globus hinweg vorangetrieben und gestützt werden.

Eine Politik der Abrüstung und Konfliktprävention, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität, die wir wollen, muss statt in militärische Aufrüstung in sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgaben investieren.

Nur so kommen wir dem Frieden näher. Denn nur wer nicht hungert, wer nicht friert, wer gut ausgebildet ist und durch Arbeit seine Existenz sichern kann, ist gegen Ausbeutung, Extremismus und Fanatismus gefeit. **Soziale Gerechtigkeit** ist die beste Waffe im Kampf gegen eine der wesentlichen Ursachen für Terror und kriegerische Auseinandersetzungen.

Auch der Nahostkonflikt bekommt immer neue Nahrung durch soziales Unrecht. Mit der Besatzung und Abriegelung des Gazastreifens sorgt Israel nicht nur für einen systematisch herbeigeführten Mangel an Nahrungsmitteln, Brennstoffen und anderen lebensnotwendigen Gütern, sondern auch dafür, dass Hass und Gewaltbereitschaft unter den Palästinensern zumindest aufrecht erhalten bleiben.

Und wenn dieser Hass in Aktion gegen Israel umschlägt, hat dies bei Israelis die gleiche Wirkung, dann dreht sich auch dort die Spirale aus Hass und Gewalt nach oben.

Bei aller besonderen Verantwortung, die Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen an Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus gegenüber Israel hat, darf diese nicht eine einseitige Parteinahme für Israel bedeuten. Eine solche einseitige Parteinahme wird nicht zu einer Lösung des Konflikts beitragen.

Im Gegenteil. **Unsere** Verantwortung schließt gleichermaßen das Bemühen um einen palästinensischen Staat wie auch die Garantie des Existenzrechts Israels ein. Und sie schließt ein, dass wir Terroranschläge ebenso verurteilen wie Krieg, Besatzung oder Verstöße gegen das internationale Völker- und Menschenrecht.

Mit militärischen Mitteln gibt es keine Lösung dieses Konflikts, sondern nur weitere Verschärfung. Die internationale Politik muss Wege ebnen für ernsthafte und aufrichtige Verhandlungen zwischen allen Beteiligten über eine Zwei-Staaten-Lösung. Ich hoffe, dass die jetzt wieder aufgenommenen Friedensgespräche zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hierzu beitragen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

in Kriegen gibt es immer auch wirtschaftliche Profiteure. Das dürfen wir gerade hier auf dem Friedhof Jammertal nicht vergessen. Hier sind Menschen begraben, die durch die schlimmste Form der Ausbeutung - durch Zwangsarbeit ohne Lohn, ohne ausreichend Essen und Trinken, eingepfercht in KZ's - in den Rüstungsbetrieben des damaligen Hermann-Göring-Werks in Salzgitter in den Tod getrieben wurden.

Hier liegen Opfer der perversen Kombination aus menschenverachtender NS-Ideologie und wirtschaftlicher Ausbeutung begraben. Hier ruhen Menschen, die uns nicht ruhen lassen dürfen.

Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, was Menschen anderen Menschen mit Verfolgung und Ausbeutung angetan haben.

Ich danke deshalb an dieser Stelle ganz herzlich allen, insbesondere unseren Betriebsräten und Vertrauensleuten der damaligen Stahlwerke Peine-Salzgitter AG sowie dem Arbeitskreis Stadtgeschichte.

Sie haben es mit ihrem Einsatz geschafft, aus dem ehemaligen KZ Drütte auf dem Werksgelände der früheren „Reichswerke Hermann Göring“ eine Gedenkstätte zu machen.

Wir müssen weiter die Erinnerung daran wach halten, dass Kriege keine Naturkatastrophe sind, sondern von Menschen gemacht werden. Genauso können, müssen und werden Menschen Frieden machen. Auch das hat die Geschichte gezeigt. In der Präambel der Unesco heißt es: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“

Die Chance, Kriege und Waffen aus der Welt zu schaffen, ist zwar verzweifelt gering. Aber es ist die einzige, die wir haben, wenn wir am Leben bleiben wollen. Dafür lohnt es sich einzutreten. Gestern, heute und morgen.